

Richtigstellung zum Artikel: >Das versteht doch kein Mensch<

*(Achtung: Satire!)*

Wie kommt Ulrike Pfeil vom Tagblatt dazu, meine Daten, insbesondere aus meinem Konto unter falschem Namen (Kuckenburg gehört nicht einmal zu meinen Pseudonymen) und mit einem geschönten Foto von mir (widerspricht völlig dem von mir gepflegten Bürgerschreck-Image) öffentlich preiszugeben. Naja, mein Netto-Einkommen lag zuletzt um gut 140 Euro unter dem angegebenen. Auch hat man mein heutiges Netto-Einkommen kräftig nach oben aufgerundet. Auch bin ich kein Oberstudienrat gewesen, sondern akademischer Oberrat. Kann ja im journalistischen Alltag mal passieren. Ein Fehler hat das Tagblatt vermutlich aus der Informationsquelle (ich denke da an die NSA) übernommen: Die Beihilfe übernimmt nicht 60%, sondern 70%, nur bei bestimmten Sachen 50% und manchmal gar nichts, z.B. bei Brillen, wenn sich die Sehkraft vor Ablauf von 3 Jahren der Blindheit weiter angenähert hat. Gut, macht im Schnitt wohl schon 60%. Dafür wurden meine Versicherungskosten glatt halbiert. Einfach weggelassen wurden meine Sonderausgaben.

Ich denke, dass es nicht simpel Behindertenfeindlichkeit war, dass die Kosten für die Unterbringung meiner Frau in einer Behindertenklinik überhaupt nicht berücksichtigt worden. Da habe ich nämlich über Beihilfe und Versicherung hinaus einen Riesenbatzen zuzuzahlen. Nicht erwähnt wird infolgedessen, dass ich überglücklich wäre, wenn ich die 1200 Euro monatlich bekomme, die (wie das Tagblatt betont) Rentner im Durchschnitt erhalten.

Es ist sicher sehr erwähnenswert, dass Pensionen im Gegensatz zur Rente völlig normal besteuert werden. Während meiner Dienstzeit konnte ich meine Ausgaben für Bücher, Kopien und andere Forschungsmittel meistens in einem Maße absetzen, dass ich gar keine Steuern zu zahlen brauchte. Von Pensionssteuern kann man das aber nicht. Es ist sogar umgekehrt, als es in Dienstzeiten war. Das zuständige Landesamt klärte mich auf: Pensionen sind eine Art Alimente. Da kann man zwar Steuern erheben, aber nichts von diesen absetzen. Dass ich meine Forschung, die im Beruf mein Leben bestimmte, nach der Pensionierung weitertreibe, sei meine Privatsache. (Ich gebe zu: Es ist weitaus schlimmer: Forschungssucht im Endstadium). Einen Tipp gab mir das Landesamt: Machen Sie doch aus Ihrer Forschung einen Nebenberuf; da dürfen Sie bis zu 1000 Euro dazu verdienen. Von diesem Verdienst können sie die Forschungsmittel wieder von der Steuer absetzen. Also richtete ich einen Beratungsdienst ein, musste diesen allerdings nach einem Herzinfarkt wieder aufgeben.

Kurzum: Ich habe mich über meine finanzielle Situation nie beklagt: Aber wieso Frau Pfeil aus meinem Fall die Erkenntnis folgert, die Pensionen müssten den Renten angeglichen werden, ist mir ein Rätsel. Und was hat das mit Steinbrück zu tun? Der hat doch nur Beamte aus seiner Gehaltsklasse B im Auge, die im Schnitt das Zehnfache verdienen im Vergleich zu uns Mittelbauern.

Tübingen, 7.9.2013